

Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 15.06.2026

1.

Die Niederschrift des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 13.03.2026 wurde genehmigt.

2.

Der Bürgermeister begrüßte die Vertreter der Eigentümerin. Er stellte den Antrag auf Umbau des Einfamilienwohnhauses Flst. Nr. 35/11, Kandertalstraße 11 vor. Das Grundstück liegt in keinem Geltungsbereich eines Bebauungsplans, so dass § 34 BauGB zur Anwendung gelangt. Die Stellungnahme des Nachbarn wurde bekannt gegeben. Der Bürgermeister merkte an, dass die Würdigung der nachbarschaftsschützenden Grenzabstände allein der Baurechtsbehörde und nicht der Gemeinde zustehe. Die Stellungnahme wird mit dem Entscheid des Gemeinderates dem Landratsamt zugeleitet. Grundsätzlich empfahl er vorab eine Kontaktaufnahme der Beteiligten. Ein Antragstellervertreter erklärte, dass im Nachgang der Kontakt hergestellt wird. Mit Blick auf die Flächenersparnis unterstützt der Gemeinderat das Bauen im Bestand zur Schaffung einer Einliegerwohnung. Da keine Gründe für eine Versagung vorlagen wurde das Einvernehmen der Gemeinde erteilt.

3.

Mit dem neuen Schuljahr wechseln 21 Kinder aus dem Kindergarten in die Grundschule. Mit Start der neuen Anbindungszeiten im Dezember 2026 werde auch der vom Kreistag initiierte Zustieg von sonstigen Personen in die Schülerbusverkehre umgesetzt. Nach einer vom Sachbearbeiter des Landratsamts eingeholten Auskunft, wird die Schulhaltestelle Rathaus auch künftig angefahren. Der zur Verfügung stehende Platz wird wegen der wachsenden Nutzerzahl knapp. Im Rahmen eines Ortstermins hatte der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt Erweiterungsmöglichkeiten auszuloten. Neben einem Fahrrad-/Rollerstand soll das Fundament für einen öffentlichen Bücherschrank hergestellt werden. Der Bürgermeister stellte einen Vorschlag vor, welcher die Überlegungen des Gemeinderates umsetzt. U.a. sollen Fundamente für einen Roller-/Fahrradstände am westlichen Grundstücksende sowie für einen nachfolgend zu errichtenden Bücherschrank neben dem Wartehäuschen hergestellt werden. Die Rückhalteeinrichtung auf der gepflasterten Fläche wird um ein Segment Richtung Westen erweitert. Die Finanzierung des Bücherschranks befindet sich im Förderverfahren des NEMO-Projekts. Für den bei der Gemeinde verbleibenden Anteil konnte eine Spendenzusage der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden eingeworben werden. Gemeinderätin Dr. Klein äußerte sich erfreut über die Stellung eines öffentlichen Bücherschranks. Dieser stehe an der frequentierten Stelle am richtigen Platz. Eine Mitbürgerin berichtete, dass sie gerne mit Dr. Klein den Schrank ehrenamtlich betreue, wofür sich der Bürgermeister bedankte. Gemeinderat Stellmacher sprach sich für die vorgestellte Ergänzung der Rückhaltebügel aus. Der Auftragsvergabe an die Firma Florian Wenk, Efringen-Kirchen, zum Angebotspreis von 4.742,39 € brutto wurde zugestimmt.

4.

Der Bürgermeister berichtete, dass sich Gemeinderat und Verwaltung seit längerer Zeit Gedanken über die Ermöglichung eines Zugangs zum Gemeindesaal für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen machen. Im Rahmen einer Begehung mit dem Geschäftsführer einer Aufzugsfirma aus der Region zeigte sich, dass wegen der

vorhanden Bausubstanz mit mangelnden Platzverhältnissen der Ein-/Anbau eines konventionellen Liftes nicht möglich ist, was im Detail erläutert wurde. Auf Empfehlung des Fachmanns hatte sich die Verwaltung mit einer Firma in St. Blasien in Verbindung gesetzt, welche Plattformlifte im Einzugsgebiet Südbaden sowie in der Schweiz montiere und betreue. Der Ortstermin ergab, dass ein Lift im Bereich der nördlichen Nottreppe des Gemeindesaals entlang dessen Außenwand montiert werden könne. Bauseits müsse lediglich ein nach Vorgaben der Liftfirma herzustellendes Streifenfundament sowie ein Stromanschluss er-/eingerichtet werden. Der Bürgermeister stellte die Anlage vor und plädierte aus Gründen der Materialvorteile (Korrosionsbeständigkeit, Pflegeleichtigkeit, Langlebigkeit, weitgehende

Temperaturresistenz) für eine Ausführung in Edelstahl. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Gemeinderat Dr. Hermann erkundigte sich zur angebotenen Außenmontage sowie der evtl. Möglichkeit den Lift entlang des Fluraufgangs in den Saal zu montieren. Der Bürgermeister wies auf das bestehende Sicherungsgeländer mit Doppeltür zum Gemeindesaal hin. Eine Teildemontage mit in den Treppenbereich einschwingender Tür behinderte die Treppennutzung. Zur Frage von Gemeinderätin Dr. Klein, ob auch ein Kinderwagen transportiert werden könne verwies der Bürgermeister auf die Platzverhältnisse, wird jedoch eine Auskunft einholen. Das maximale Transportgewicht liegt bei 300 kg. Gemeinderätin Wagner wies darauf hin, dass offensichtlich alle Möglichkeiten vorab geprüft wurden. Aus ihrer Sicht sei die Angelegenheit entscheidungsreif. Ein Bürger wies abschließend darauf hin, dass es sich bei der Treppenanlage zu dem im Obergeschoss gelegenen Saal um den Hauptfluchtweg handle, so dass dieser freizuhalten sei. Der Gemeinderat stimmte der Vergabe an die Fa. ES Liftsysteme in St. Blasien zum Bruttopreis von 18.861,50 € in Edelstahlausführung zu.

5.

Der Bürgermeister informierte zur Betriebserlaubnis, dem Ergebnis der jüngsten Abfrage des Betreuungsbedarfs und erläuterte deren Notwendigkeit. Überraschend war, dass lediglich für ein Kind Bedarf an einer Ganztagesbetreuung angemeldet wurde. Im Februar 2027 für ein zweites und im März 2027 evtl. für ein drittes Kind. Mit Blick auf die Tatsache, dass bereits ab einem Kind wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen zwei qualifizierte Betreuungskräfte zu stellen sind sowie der Aussicht lediglich evtl. zwei Kinder hinzuzubekommen, hatte sich der Vorstand des Trägervereins im Rahmen seiner letzten Sitzung entschlossen die Ganztagesbetreuung für ein Jahr ruhen zu lassen. Dies auch mit Blick auf die zwanzigprozentige Beteiligung der Eltern am finanziellen Gesamtaufwand. So der Bedarf wieder signifikant ansteige, könne die Ganztagsbetreuung wieder aufgenommen werden.

Im Rahmen der Abfrage habe sich auch ergeben, dass die Eltern, welche ihre Kinder in der Betreuungsform „Verlängerte Öffnungszeiten“ haben, sich für deren zeitliche Verlängerung um 45 Minuten von 07.15 Uhr bis 14.00 Uhr ausgesprochen haben. Vom Personalamt des GVV wurde der aktuelle monatliche Mehraufwand mit rd. 1.000,-- € beziffert. Der Vorstand wird hierzu in seiner morgigen Sitzung Beschluss fassen. Er sei zuversichtlich, dass es zu einer positiven Entscheidung komme. Mit Blick auf die Lohnkostensteigerung des Personals im laufenden Jahr sowie die sich erweiternde Betreuungszeit gehe er ferner davon aus, dass der Vorstand über eine maßvolle Erhöhung des Beitrags beschließen dürfte.

Nach den Meldungen zum Bedarf der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (Krippe) für 3 Kindern habe der Vorstand des Trägervereins ferner beschlossen diese Betreuungsform fortzuführen und für auswärtige Kinder zu öffnen.

Der Bürgermeister dankte der an der Sitzung teilnehmenden, sich seit Jahren ehrenamtlich engagierenden Vorsitzenden, Frau Christiane Welzel, dem Vereinsrechner Dr. Dietrich Hermann, samt stellvertretender Vorsitzender Ulrike Bothur und den weiteren Vorständen für deren unentgeltlichen den Fortbestand des Trägervereins sichernde Arbeit. Die Wittlinger Kindertagesstätte habe bereits vor mehr als einem Jahrzehnt ein Ganztagesangebot auf die Beine gestellt, früher als in weit größeren Kommunen. Dass dieses wegen des mangelnden Bedarfs nun ruhe müsse, sollte nachvollziehbar sein.

Gemeinderat Dr. Hermann sprach die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Ganztagesbetreuung im Falle der Meldung einer guten Anzahl an Bedarfen an. Gemeinderat Dr. Welzel äußerte, dass durch die Betreuungszeitermäßigung frei werdendes Personal soweit möglich weiter zu beschäftigen und für Ausfallzeiten vorgehalten werden könnte. Damit investiere man in die Qualität und habe im Falle der Wiederaufnahme der GT-Betreuung eine Reserve. Da die Eltern offensichtlich der berichteten Erweiterung der Verlängerten Öffnungszeiten den Vorzug geben, sollte dem im Gegenzug entsprochen werden. Der Bürgermeister merkte an, dass die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerade in einer kleinen Gemeinde nicht außer Acht gelassen werden dürften. Er sei zuversichtlich, dass der Vorstand des Trägervereins wieder gute Entscheidungen treffe.

Das Ergebnis der Betreuungsplatzabfrage wurde zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass der Bedarf vor Ort gedeckt werden kann. Bei lediglich einem Bedarf für die Ganztagesbetreuung sei deren Finanzierung nicht zu verantworten. So dieser fortbestehe, ergebe sich in der Nachbargemeinde für die Eltern eine Möglichkeit, welcher Wittlingen über viele Jahre mit seiner Einrichtung ausgeholfen habe.

6.

Der Bürgermeister rekapitulierte die bisherige Vorgehensweise mit Beteiligung der Bürger sowie Vereine, welche über Wochen Zeit hatten, den in öffentlicher Sitzung vorgestellten Entwurf I zu ventilieren und sich zu äußern. Die heutige beachtliche Sitzungsteilnahme stehe für das interessante, die Zukunft mitgestaltende Projekt. Er stellte die im Rahmen der Anhörung eingegangenen Äußerungen samt Aufarbeitung durch Gemeinderat und Verwaltung vor.

Aus dem direkten Wohnumfeld des Rathausshofs ist eine Äußerung zugegangen, in welcher Bedenken wegen des mit Aktivitäten verbundenen Lärms hingewiesen wurde. Er merkte an, dass Gemeinderat und Verwaltung von Beginn an darauf hingewiesen haben, dass auch mit Blick auf die bisher vorhandene, sich fortsetzende Nutzung durchzusetzende Regelungen unumgänglich sind. Gefragt sei ein gemeinschaftsverträgliches Konzept, welches zum Dorf passe.

Mit Blick auf die übersichtliche, kompakte Siedlungsfläche mit Nähe zu den jeweiligen Wohnungen somit kurzen Wegen sowie die Notwendigkeit die Bau- und Unterhaltskosten im Griff behalten zu wollen, konnte den Vorschlägen zur

-Einrichtung und Betrieb einer öffentlichen WC-Anlage

-frei zugänglichem Trinkwasserspender

-Bachlauf mit Brunnen

nicht nähergetreten werden. Als WC wird bei Veranstaltungen die Anlage im Gemeindesaal oder nach Umgestaltung die vorhandene im Rathaus zur Verfügung stehen. Beide sind mit wenigen Schritten erreichbar.

Mit einer vorgeschlagenen Tischtennisplatte konnte die Gemeinde vor Jahren auf dem damaligen Schulhof bekanntlich keine guten Erfahrungen sammeln. Die Platte wurde in wenigen Jahren zugrunde gerichtet.

Ein Fahrradstellplatz werde, wie vorgetragen, an der Bushaltestelle Rathaus eingerichtet. Die Bereitstellung eines weiteren Ständers sei in der Überlegung.

Die Einrichtung einer E-bike-Ladestation ist nicht ausgeschlossen. Allerdings stehen hier die nahen Wohnungen sowie die Tatsache, dass Wittlingen weder Beherbergungs- noch Wirtschaftsbetriebe somit Fremdenverkehr habe, den wirtschaftlichen Überlegungen gegenüber.

Der Vorschlag die angedachte Himmelsliege durch einen Tisch und zwei Bänke zu ersetzen, wurde in den Arbeitsentwurf II aufgenommen.

Die Sitzanlage wurde nun leicht eingedreht. Zur vorgeschlagenen weitergehenden Ausrichtung nach Südwesten ist festzustellen, dass

- die Blickachse zum aktuellen mobilen Bühnenbereich des Midsommerfestes mehr als 25 Meter beträgt

- im Sommer sich dazwischen der mobile Sonnenschutz mit Mesh-Gewebe bzw. die ergänzenden Sonnenschirme befinden

- eine Ausrichtung allein nach den Bedürfnissen des bis jetzt einen Festes nachteilig erscheint

Die angesprochenen Versorgungs-/Entsorgungsanschlüsse zum Kleingebäude welches von der benachbarten Garagenbebauung um den Grenzabstand abrückt, ist einer gesonderten Tiefbauplanung vorbehalten.

Der vorgeschlagenen Verlegung des Biergartens auf das Dach des

Versorgungsgebäudes wurde nach Abwägung nicht nähergetreten. Dies würde eine entsprechende Statik des Daches mit Herstellung von Zu-/Abgang sowie Kostenfolge führen. Auch würde der im Rahmen der Dachnutzung entstehende Lärm in die Höhe verlagert, was sich für die umliegende Wohnnutzung negativ bemerkbar machen würde.

Aus dem Gemeinderat wurden an den Planer sowie die Verwaltung Prüfaufträge adressiert.

Geklärt werden sollte u.a., ob die am nördlichen Ende der Planfläche stehende mehrstämmige Esche stehen bleiben kann. Hierzu wurde berichtet, dass im Falle eines Baumerhalts auf die geplante, für gut befundene Sitzgruppe in dieser Ausführung verzichtet werden müsste. Durch die hierfür notwendig werdenden Abgrabungen würden die Wurzeln so geschädigt, dass die Baumstatik nicht mehr zu gewährleisten ist. Bereits jetzt entwickelt sich durch die Mehrstämmigkeit ein zunehmendes statisches Problem, was begründet wurde.

Fazit: Ein wunderschöner Baum in der Landschaft, für einen belebten Platz mit Parkfläche, Zugang zu Kindergarten, künftigen Aufenthalts-Bereiche nicht geeignet. Fachlich empfohlen wurde die Entfernung und Ersetzung durch einen geeigneten, standortgerechten Baum. Bei Bedarf könnte ein Baumgutachter zugezogen werden, welcher anhand der Bewertungsmatrix zum gleichen Ergebnis gelangen wird.

Beachtet werden sollte ferner die Problematik des Eschensterbens infolge des aus Asien eingeschleppten aggressiven Pilzes. Ist der Rathausplatz erst einmal hergestellt, würde die nachträgliche Entfernung der Esche für den dann vorhandenen Baubestand einen wirtschaftlich nicht zu vertretenden Aufwand nach sich ziehen.

Könnte das anfallende Stammholz für eine Außenbank Verwendung finden?

Der Bürgermeister trug die eingeholte fachliche Äußerung zu den Eigenschaften von Eschenholz vor. Schwachpunkt der Esche ist, dass sie der Witterung ausgesetzt, eine nur geringe natürliche Dauerhaftigkeit besitzt. Noch weniger beständig zeigt sie sich bei Kontakt mit dem Erdboden. Zum Schutz vor Bewitterung sind Möbel für den Außenbereich regelmäßig zu ölen, nicht über längere Zeit der Witterung aussetzen und vor allem über die Wintermonate trocken einlagern. Da sich das Holz zudem nicht ausreichend imprägnieren lässt, ist es gesamthaft gesehen für eine Verwendung im Freien nicht geeignet. Ersatzbaum und Zusatzbaum sollten bei der

Pflanzung bereits entsprechende Stammdurchmesser aufweisen um einigermaßen zeitnah als Schattenbäume zu dienen.

Zusatzbaum nicht direkt an Sitzgruppe wegen abfallendem Material?

Gemäß Vorschlag Gemeinderat aufgenommene Baumart: Ahorn, welche gut schneidbar und u.a. rasch wüchsig ist. Eine natürliche Beschattung durch Bäume ist notwendig, da dies u.a. das Mikroklima positiv beeinflusst.

Erhaltung Öltank als Wasserreservoir?

Der einliegende gereinigte, seit Jahrzehnten ungenutzte Öltank (vermutlich 10.000 L.) muss entfernt werden, da

- er in den unteren, westlichen Bereich des Baufeldes Platz hineinragt

- er auf Zeit ein Sicherheitsrisiko darstellt

- er für eine Zisternennutzung nur bedingt geeignet ist. Lediglich das Niederschlagswasser des Kindergartens könnte im Freigefälle zugeleitet werden. Möglich wäre eine neue Regenwasserzisterne in Gebäudenähe im Hof unterbringen, wenn dies in das Konzept des Werkhofs passe. Wegen einiger Gießkannen mache dies wenig Sinn.

Versorgungsbau

Der Versorgungsbau wurde wegen des Kioskcharakters (Aufenthaltsfläche) um den Nachbarschaftsabstand nach Norden gerückt (Tausch mit Kleinlager) und dem Vorschlag des Gemeinderates entsprechend auf 6 x 5,50 Meter vergrößert.

Sonnenschutz zentraler Platz

Materialvorschlag: Mesh, da winddurchlässig, wenig Auftrieb. Schlankere Befestigung an mobilen, gut zu handhabenden Stahlstützen, welche bei Veranstaltungen im Boden eingelassen werden.

Eine Befestigung an der östlichen Wand des Gemeindesaals schied mit Blick auf die vorhandenen Fenster, Türen und Nottreppen aus. Bei Bedarf könnten unabhängig davon weitere Platzschirme gestellt werden, welche u.a. auch eine Atmosphäre bringen.

Lift zum Gemeindesaal

Die Planungen/Vergabe für einen Plattformlift zum Gemeindesaal an der nördlichen Notaufgangstreppe tangieren die Überlegungen für den Rathaushof nicht. Siehe TOP 4.

Entwässerung Rathausplatz

Mittels offener Rinne, welche in Sinkkästen mündet. Vorteile: Geringerer Reinigungs-/Pflegeaufwand gegenüber bestehender Birkorinne und Entwässerung von beiden Seiten.

Beleuchtungskonzept:

Die Beleuchtung mit Standlampen wurde der geänderten Planung angepasst. Zur Mitbeleuchtung der Sitzanlage ist diese im Zugangsgeländer zu integrieren.

Zusätzlich möglich wären Einbauleuchten. Die Steuerung ist im Versorgungsgebäude unterzubringen.

Abgrenzung Bier-/Kaffeegarten

Die Fläche soll baulich gekennzeichnet sein (evtl. mit einem wenige cm. aus dem Belag herausragenden, überfahrbaren Bordstein). Während der Nichtnutzung soll diese als Parkfläche bzw. Teilfläche für die mobile Bühne während der Veranstaltung dienen. Zusätzlich könnte in Bodenhülsen eine mobile Trennung eingebaut werden.

Als Sonnenschutz sind Schirme vorgesehen, welche ebenfalls in Bodenhülsen befestigt und im Depot gelagert werden.

Pergola Süd

Da der östliche Nachbar seinen Privatbereich an der Stelle seit vielen Jahren mit einer Hecke begrenzt hat macht eine Gegenpflanzung keinen Sinn. Im neuen

Entwurf Arbeitsentwurf wurde, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, lediglich eine Pergola entlang des Zufahrtswegs aufgenommen. Bei der Ausführung sollte darauf geachtet werden, dass bei Entfallen der Nachbarhecke eine Erweiterung möglich ist. Der Bürgermeister stellte fest, dass in den vorstellten Entwurf II das Ergebnis der vom Gemeinderat vorgenommenen Abwägung aufgenommen und visualisiert wurde und bat um Äußerungen.

Gemeinderat Dr. Welzel erkundigte sich zur Aufgahmöglichkeit vom Kindergarten. Im Entwurf I war eine kleine Treppenanlage enthalten. Der Weg soll lt. neuem Entwurf so ausgestaltet werden, dass er mit Rollstuhl und Rollator genutzt werden kann. Dr. Welzel merkte an, dass die Kinder wohl eher den Platz mit Rollern etc. nutzen würden. In dem neuen Entwurf wurde der Erhalt der oberen Wiesenfläche, wie vom Gemeinderat gesehen, umgesetzt. Gemeinderat Dr. Hermann merkte an, dass hierauf ein besonderes Augenmerk gerichtet wurde und begründete dies.

Gemeinderätin Dr. Klein schlug vor, einen Teil des Eschenstammes mit Verzweigung als einfachen Tisch am Sitzplatz zu verwenden. Gemeinderätin Wagner nahm Bezug auf den Bericht über die Eigenschaften von Eschenholz. Der Stamm müsste eingegraben werden und würde bereits nach übersichtlicher Zeit verwittern. Mit Blick auf den dann entstehenden Aufwand halte sie dies für keine gute Idee. Der Bürgermeister merkte an, dass er sich aus den vorgetragenen Gründen allenfalls eine vorübergehende Verwendung im Kindergarten vorstellen könne. Dr. Klein geht davon aus, dass das Dach des Versorgungsbaus, wie vorgeschlagen, begrünt wird. Evtl. könnten dieses auch für einige Solarpanels mit Batterie im Innenraum genutzt werden. Diese lieferten dann den Strom für LED-Lampen. Rein wirtschaftlich gesehen machen dies lt. Bürgermeister wenig Sinn. Im Bedarfsfall werde erheblich mehr Energie benötigt. Ein anderes Dach eigne sich da besser. Da der Öltank als Wasserspeicher nicht zu halten sei, könnte lt. Dr. Klein über eine neue Zisterne nachgedacht werden. Der Bürgermeister merkte an, dass deren Standort dann so zu wählen sei, dass das Wasser z.B. vom Kindergarten im Freispiegel einfließe.

Ansonsten würde eine Pumpe benötigt. Trotz Markengerät schaffe er privat aktuell in 2 Jahren die zweite Pumpe an. Gemeinderat Dr. Hermann erläuterte, dass die im neuen Entwurf vorgesehene Ahornbäume mit Blick auf die sich ändernden klimatischen Rahmenbedingungen eine gute Wahl seien.

Eine Bürgerin berichtete, dass sie sich im Rahmen der Planungen auch die Miteinbeziehung des brach liegenden Ballspielfeldes beim Kindergarten gewünscht hätte. Dieses könnte z.B. auch während des anstehenden Midsommerfestes genutzt werden. Für Kinder, Jugendliche würde nach ihrer Meinung wenig getan. Diese sollten befragt werden, was sie wollen. Der Bürgermeister berichtete zu den bisher gesammelten Erfahrungen. Für die Platznutzung bedarf es einer Betreuung durch Eltern oder sich verantwortlich Engagierende. Ohne diese sei eine Wiederholung von wenig schönen Vorfälle zu erwarten. Vor Jahren hatte ein im Gemeinderat mitarbeitender Vater die Betreuung des Platzes übernommen. Er hatte u.a. um Unterstützung bei den Eltern geworben. Wohl mit Blick auf die bekannt gewordenen Vorfälle kam es nicht zustande. Nach zwei Aktionen warf er das Handtuch mit Bericht im damaligen Gemeinderat. Misslich war u.a., dass Jugendliche nachts über den Zaun stiegen, Fussball u.a. spielten, hochprozentigen Alkohol konsumierten und sich auf dem Rettungssteg des Kindergartens vergnügten. Die Klagen der Kindergartenleiterin über die Hinterlassenschaften endeten schließlich mit der Forderung den Platz zu schließen. Trotz nächtlicher Einsätze des Bürgermeisters, teils in den frühen Morgenstunden, war das Problem nicht in den Griff zu bekommen. Schließlich wurde ein Zugangstor zum Hof montiert. Nachdem den dieses dennoch Übersteigenden Anzeigen angedroht und Platzverweise ausgesprochen wurden,

beruhigte sich die Situation. Die nächtlichen Diskussionen waren wenig schön und würden nicht vermisst. Ansonsten sei auf das Engagement von Vereinen und Feuerwehr zu verweisen, in welchen Kinder/Jugendliche Chancen bekommen. So sich die Bürgerin allein oder mit anderen verantwortlich engagieren möchte, stehe dem nichts im Wege. Gemeinderätin Dr. Klein merkte an, dass sie sich an die damalige Situation gut erinnern könne. Es sei in der Tat so gewesen, dass der Kollege nicht mehr bereit war, die Aufsicht auszuüben. Ohne Betreuung/Beaufsichtigung gehe nichts. Sie habe selbst zuletzt vor zwei Jahren einen Anlauf genommen, um mit interessierten Eltern eine Betreuung auf die Beine zu stellen, was aber leider scheiterte. Sie sehe es auch nicht als Aufgabe des Bürgermeisters, nachts auf dem Kindergartengelände für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die anfragende Bürgerin äußerte, dass das wohl so gewesen sei. Andererseits vertrete sie der Meinung dass der Platz zu öffnen sei, was mit dem Rathaushof, auch hinsichtlich des Zugangs zu planen ist. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass es sich um den einzigen, nicht veränderbaren Zugang zu dem Platz handle. Auf der Tagesordnung stehe die Erörterung des Arbeitsentwurfs II Sanierung Rathausplatz. Dies möge nun fortgesetzt werden. Ansonsten könne sich die Bürgerin, wie bereits angesprochen, gerne verantwortlich engagieren, was aus dem Gemeinderat Bestätigung fand. Gemeinderat Dr. Hermann merkte an, dass für die Zeit während des Festes eine Schicht eingeführt werden könne, in welcher die Betreuung geregelt wird. Aus dem Gemeinderat wurde auf die etwas holprige Besetzung der bisherigen Schichten mit noch freien Funktionen hingewiesen. Eine Anwohnerin erkundigte sich zur Nutzung des Versorgungsbaus mit Kioskcharakter durch Vereine oder Bewirtschafter. Der Bürgermeister nahm auf seine Ausführungen über die notwendige Regulierung der Platznutzung Bezug. Gemeinderat und Verwaltung seien sich der besonderen Lage bewusst. Entstehen soll ein Platz für einzelne zeitlich befristete, punktuelle Anlässe sowie die Erleichterung des Managements der bekannten Feste, nicht jedoch eine regelmäßige Dauernutzung. Nachdem keine weiteren Äußerungen kamen, nahm der Gemeinderat den Entwurf II ohne Änderungen zur Kenntnis. Der Bürgermeister kündigte an, dass er nun vertiefende Planungen zur Umsetzbarkeit mit Einpassung in die Höhenlinien beauftragen wird. Ferner sei der Zeitpunkt gekommen, ein für Tiefbauarbeiten mit Planung der Ver-/Entsorgungsleitungen geeignetes Ingenieurbüro zu akquirieren. Der Gemeinderat erteilte den Durchführungsauftrag. Der Bürgermeister bedankte sich für die engagierte Diskussion mit reger Beteiligung der Bürger.

7.

Der Bürgermeister informierte zum Fortgang des Ausbaus der Breitbandversorgung, Bauabschnitt II sowie von Bürgern eingehenden positiven Äußerungen. Die Firma bemühe sich, den Mobilitätswünschen der Anwohner Rechnung zu tragen. Im Rahmen der gemeinsamen wöchentlichen Baustellentermine mit ausführender Firma, Zweckverband, betreuenden Ingenieurbüro und Gemeinde würden Problemlösungen sowie die nächsten Schritte besprochen. Der Vorarbeiter bedanke sich für das von Anwohnern gereichte Wasser samt Kaffee, was nach seinem Bericht auch auf Dörfern längst keine Selbstverständlichkeit mehr sei. In der kommenden Woche soll die K 6344 (Haagener Straße) unterquert und die Wohngebiete Im Haaracker sowie Rebmättle erschlossen werden, Wie in den vorangegangenen Gebieten, werde die Gemeinde bisher keine Anschlussgenehmigung erteilende Anwohner letztmalig schriftlich informieren. In der Vergangenheit sei es hierauf zu Nachmeldungen gekommen. Die betroffenen Eigentümer sprachen regelmäßig ihren Dank für die Vorgehensweise aus.

8.

Der Bürgermeister gab bekannt, dass

- die Verkehrsrechtsbehörde des Landratsamtes auf Antrag der Gemeinde vor und nach dem Fußgängerweg der K 6344 (Haagener Straße) eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h angeordnet hat. Die Schilder wurden in der laufenden Woche von der Straßenmeisterei montiert. Nachzuliefern seien noch die Schilder für die Ausfahrten aus der Bönnerstraße, dem Rosenhügel bzw. der Anliegerstraße zum Neubaugebiet Brunnmatten. Hintergrund ist eine bekannt gewordene Änderung der rechtlichen Möglichkeiten zum Schutz von Zebrastreifen. Die Gemeinde habe hierauf reagiert und bereits 2025 den Antrag gestellt. Da die Gesamtlänge des Anordnungsbereichs 150 Meter betrage und in dem Zug auch die Fußwege zum Brunnmattenweg samt Querung vom Moosgrabenweg gerade noch mit zu erfassen waren, gestalte sich die Strecke wie ersichtlich. Ziel sei es nun, im Rahmen der anstehenden Sanierung der L 134 (Kandertalstraße) zur Bushaltestelle Hirschen Süd einen Fußgängerüberweg genehmigt zu bekommen. Entsprechende Gespräche fanden mit dem die Maßnahme im Auftrag des Regierungspräsidiums planenden Ingenieurbüro statt. So es gelinge, werde es in der Folge auch auf der L 134 eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf eine Länge von max. 150 Metern geben. Die heiße Nadel sei hierfür nicht gefragt. Es gelte verlässlich, ausdauernd mitunter dicke Bretter zu bohren. Darin habe man jedoch Übung
- die Generalversammlungen der Vereine abgeschlossen seien. Die Gemeinde gratuliere den neu bzw. wiedergewählten Vorständen. Wünsche eine glückliche Hand und sichere die Unterstützung in dem ihr möglichen Maße zu
- das Muttertagskonzert von Kevin Pabst ausverkauft war. Die Rückmeldungen aus dem Dorf und weit darüber hinaus waren sehr positiv, was er gerne weitergebe
- der von Feuerwehr mit Unterstützung der Gemeinde organisierte Baulichttag ein voller Erfolg war. Die Wehren, DRK, THW und Polizei waren über den Zuspruch sehr erfreut. Der Feuerwehrführung mit Kommandant Knut Nabbefeld samt Mannschaft gebühre Dank und Anerkennung
- die Kommunalaufsicht zum Haushaltsplan 2026 die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit überlassen hat
- seit der letzten Sitzung weitere Ausgaben realisiert wurden, welche aufgesplittet bekannt gegeben wurden
 - Feuerwehr: 2.136,08 € Rechnungsergebnis
 - Gemeindesaal: 695,61 € Bühnenbeleuchtung
 - Kindergarten: 2.164,44 €
 - Gemeindeverwaltung: 1.861,22 € Beamer Sitzungszimmer
 - Senioren Ausflug Anteil: 901,25 €
 - NEMO-Projekt: 3.549,75 €#
- die Eheleute Schöpflin der Gemeinde einen anschaulichen Bericht über den schönen Seniorenausflug am 07.05.26 überlassen haben, welcher mit Dank in Umlauf gegeben wurde
- im Rahmen der Verbandsversammlung des Wieseverbands im Lörracher Rathaus Wahlen durchgeführt und die bekannt gegebenen Beschlüsse gefasst wurden
- er den Vertrag zur Gründung der Sparkasse Dreiländereck als Trägergemeinde mitunterschieden habe. Gleiches gelte für den vom ersten Landesbeamten erhaltenen Kooperationsvertrag zur Finanzierung der Untersuchungen über die Reaktivierung der Kandertalbahn
- der Landkreis einen von anderen Kommunalvertretern unterschriebenen Vertrag zur Überlandhilfe der Feuerwehr überlassen habe. Nach Klärung der Konformität mit dem Versicherer der Gemeinde konnte er ihn unterzeichnen
- Samstag/Sonntag das von Bürgern für Bürger ausgerichtete Midsommerfest

anstehe. Neben dem Besuch werbe er insbesondere für eine Mithilfe. Diverse Schichten seien leider schwach oder nicht besetzt

-man sich am gleichen Wochenende auf den Besuch der Partnergemeinde Wittlingen/Bad Urach mit Ortsvorsteher Markus Mayer, Gattin Maria sowie sechs Ortschafts- bzw. einem Stadtrat freue. Das Programm stehe

9

Gemeinderat Dr. Hermann informierte über die von Gemeinderat Langner und ihm für Wittlingen initiierte Teilnahme am Projekt „Stadtradeln“ mit ersten Ergebnissen.

Am vergangenen Sonntag radelten rd. 20 Wittlinger und 50 Rümmlinger zum Seebodenhof in Efringen-Kirchen. Die Stimmung war gut, was auch auf dem mitgebrachten Bild zu erkennen war. Alle Beteiligten hätten sich über das von den beiden Gemeinden spendierte Eis sehr gefreut. Beide Räte forderten die Bevölkerung auf, die Aktion z.B. mit Fahrradfahrten zum Arbeitsplatz oder in der Freizeit zu unterstützen und verwiesen auf die Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt, der Homepage

und in der Presse. Gemeinderat Langner berichtete, dass es bei der Nutzung der Straße zum Sportplatz zunehmend zu Problemen mit Autofahrern komme, welche wenig Rücksicht auf Fußgänger und Radfahrer nehmen. Dies trotz der ersichtlichen Tempobegrenzung auf 30 km/h. Während mancher Fußballspiele sei die Parksituation chaotisch. Er regte an, sich über Zusatzmaßnahmen Gedanken zu machen. Gemeinderat Dr. Hermann äußerte, dass Wittlinger zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu Training und Spielen kommen könnten/sollten. Eine Bürgerin meinte, dass der Straßenbelag evtl. eingefärbt werden könnte. Der Bürgermeister verwies auf die hierfür entstehenden erheblichen Kosten. Ob sich die zu übende Rücksichtnahme mit der Farbe auf dem Asphalt verbessere sei fraglich. Mit Blick auf die Sackgasse wird die Beschilderung dem Vorschlag entsprechend ergänzt.

Gemeinderätin Dr. Klein wies darauf hin, dass zu der bereits angesprochenen Problematik mit der asiatischen Hornisse mit steigenden Temperaturen auch wieder die Tigermücke sowie der Japankäfer in den Blickwinkel der Bevölkerung rücken sollten und berichtete zu den Informationsmöglichkeiten. Am Herzen liegen ihr ferner die zunehmend, auch in Gärten zu sehenden invasiven Pflanzen, mit welchen die heimische Insektenwelt nicht zurechtkomme. Diese verdrängen darüber hinaus die heimischen Pflanzen.

10.

Eine Bürgerin sprach den Zuschuss der Gemeinde von 250,-- € zu der Kinderferienaktion an, welche vom Kinder-/Jugendförderverein Schallbach mit den Eltern der Gemeinden wieder veranstaltet wird. Sie bat zu überlegen, ob dieser um 50,-- € erhöht werden könnte. Gemeinderat Dr. Hermann merkte an, dass lt. Berichten zu den Gemeinden Schallbach und Wittlingen nunmehr die Gemeinde Rümmlingen hin-zukomme. Die Bürgerin erkundigte sich zur Pflege des Platzes oberhalb des Dorf-brunnens. Gemeinderätin Dr. Klein informierte zum Konzept sowie den anstehenden Arbeiten. Eine Bürgerin sprach den Beschluss zur Einrichtung eines öffentlichen Bücherschranks an und erkundigte sich zu dessen Bewirtschaftung. Sie sehe wegen der Nähe zur Schulbushaltestelle Konfliktpotential. Gemeinderätin Dr. Klein sowie eine weitere Mitbürgerin wiesen auf ihre Zusage der Betreuung hin. Hinsichtlich der evtl. Probleme sei insbesondere die Mitarbeit der Eltern gefragt. Teilweise würde sich am Wartehäuschen eine beachtliche Anzahl vor und nach den Bushaltes aufhalten. Die Mitbürgerin merkte an, dass dies nur dann funktioniere, wenn die Eltern bei Fehlverhalten auch eingreifen würden. Deren direkte Ansprache könne auch problematisch enden. Eine Bürgerin wies auf den Weg zum Fasnachtsfeuerplatz hin. Der Asphalt sei teilweise aufgebrochen. Der

Bürgermeister berichtete, dass dieser als Landwirtschaftsweg ausgeschildert sei. Es war beabsichtigt die Reparaturarbeiten als Nebengewerk bei der Sanierung der Kirchstraße ausführen zu lassen. Mit Blick auf das bekannte nicht akzeptabel hohe Ergebnis der Ausschreibung wurde diese bekanntlich aufgehoben. Wie bereits angesprochen plane das Regierungspräsidium 2027 die Sanierung der L 134. Für diese würde jede Menge Asphalt benötigt. Er gehe davon aus, dass in dem Zug die Straße zum Fasnachtsfeuerplatz berücksichtigt werden kann.

Das Bürgermeisteramt